schaftlichen Forschung, wie des gewerblichen Lebens Wurzeln gefaßt hat. In einer Zeit, wo in den mittel- und westeuropäischen Staaten die Bevölkerung noch verhältnismäßig dünn auf das Staatsgebiet gesät war, wo die Gütererzeugung sich vorzugsweise in gewerbemäßigen Einzelbetrieben vollzog, wo das Gefühl nachbarlicher Gemeinschaft und handfester berufsmäßiger Zusammengehörigkeit noch das bürgerliche und wirtschaftliche Leben beherrschte, mag es in vielfachen Fällen möglich gewesen sein, daß die persönliche Fürsorge des Arbeitgebers die freie Liebestätigkeit und die gesetzlich geordnete Gemeindepflege den Arbeitern bei vorübergehender oder dauernder Arbeitsunfähigkeit vor äußerster Not schützten. In der Gegenwart aber, wo Dank der modernen Wohlfahrtspflege die Bevölkerung schnell anwächst, wo der handwerksmäßige Einzelbetrieb in weitem Umfange von dem fabrikmäßigen Massenbetriebe abgelöst ist, wo sich der Grundsatz der allgemeinen Arbeitspflicht, unterstützt durch die gegenwärtigen Verkehrsmittel, gebieterisch durchgesetzt hat, und wo endlich an die Stelle des persönlichen Arbeitgebers vielfach juristische Personen und große Unternehmergesellschaften getreten sind, tritt notwendigerweise das persönliche Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinter dem normalen Vertragsverhältnis zurück. Bei dieser grundlegenden Umwälzung der früheren wirtschaftlichen Grundlagen mußten neue Wege gesucht werden, um dem Arbeiter, dessen einzige Existenzgrundlage seine Arbeitsfähigkeit ist, eine umfassendere, der gegenwärtigen Volksbildung entsprechendere und ihm wenig verständliche Gefahr gegen die Gefahren seines Berufslebens zu geben. So entstand die sozialpolitische Gesetzgebung, die vor Deutschland in dem bedeutenden Maße, das seitdem Nachahmung in andern deutschen Reichen gefunden hat, einen klassischen Ausdruck gefunden hat. Die neuerdings vielfach, wenn nicht aus eigener Erfahrung, daß die **praktisch Sozialpolitik Treibende gesunde Nerven und ein starkes Herz** besitzen muß, wenn er nicht der Gefahr unterliegen soll, zerrieben zu werden zwischen den feindlichen Mächten **politischer Kurzsichtigkeit, der toten Gleichgültigkeit, träger Gewohnheit oder wirtschaftlicher Unbesonnenheit, die vorzeitige und unreife Forderungen Recht oder Ansprüche erhebt, die ohne Gefährdung unseres gesamten Erwerbslebens überhaupt nicht erfüllt werden können.** Es bedarf bestimmt des Feuereifers, wenn man zwischen den feindlichen Bestrebungen aufrechtes vorwärts kommen und nicht von ihnen zerrieben werden soll. Man spricht von einer sozialen Frage mit Recht. Die soziale Frage ist aber eine ewige Frage, die nach verschiedenen Zeiten nach der Kultur und der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder eine verschiedene Form annimmt und stets neue Aufgaben stellen wird. Es muß deshalb wieder einem einzelnen Mann nach einer einzelnen menschlichen Generation gelingen, im Kampf gegen das menschliche Elend die Palme des Sieges davonzutragen; aber weil die soziale Frage mit der wachsenden Bevölkerung, mit der Vielgestaltigkeit und Verfeinerung des modernen Lebens immer schwerer und dringender wird, deshalb darf auch die soziale Arbeit niemals ruhen, um das heute den Anspruchen der Gegenwart entgegenkommend gerecht zu werden. Auch deshalb muß diese Arbeit auch mit Recht die erleuchteten Köpfe und edelsten Herzen jedes Volkes für sich in Anspruch nehmen. Ich sehe das Schwerpunkt Ihrer Versammlung nicht in der noch so fruchtbringenden Erörterung von Einzelfragen, sondern vielmehr in dem inneren Ausdruck einer gemeinsamen internationalen sozialpolitischen Ueberzeugung. Wären Ihre Verhandlungen dazu beitragen, die Ueberzeugung immer mehr zu vertiefen, daß **praktische Sozialpolitik war eine der schwierigsten aber auch der vornehmsten Aufgaben zeitgemäßer Staatskunst ist!** Mögen Sie jeder in seinem Kreise dazu beitragen, die heilige Flamme zu schüren und die großherzige Lebensauffassung zu fördern, ohne welche hohe ethische Aufgaben weder erfolgreich noch mit heilender Persönlichkeiten erfüllt werden können. Wenn Sie alle in diesem Sinne arbeiten, wird wahrlich Fortschritt Ihr Ziel bestimmen, **wo sich die tiefen Gegensätze,** die das jetzige Gesellschaftsleben zerklüften, **mildern oder ganz ausgleichen.** Möge diese Gesinnung die leitende Kraft Ihrer Verhandlungen sein."

Graf Posadowsky ist, das muß ihm selbst der Gegner zugestehen, ein Mann, der sich durch Sachverständigkeit auf vielen Gebieten auszeichnet. Daß er modernen Anschauungen nicht hilf- und verständnislos gegenübersteht, wie das Gros der ostelbischen Junker und so viele der Bureaukraten, das zeigt der erste Teil der Rede, der durchaus gesunde Gedanken enthält. Aber Graf Posadowsky ist vor allem Staatsmann und weiß, welchen Mächten er dient. Und wenn er sich einmal eine ganz leise, schüchterne, versteckte Klage über die Feinde der Sozialpolitik, über die Unternehmer, erlaubt, so folgt sofort eine energische Absage an die unerfüllbaren Ansprüche der Arbeiterklasse. Vielleicht auch wird jene Stelle, wo Graf Posadowsky von der Gefahr für den praktischen Sozialpolitiker spricht, von den feindlichen Mächten zerrieben zu werden, durch die Bekanntnis über seine Kompromittierung in der 12000 M. Affäre diktiert. Die schmerzlichen Erfahrungen, die der Graf machen mußte, als er sich zum Werkzeug „politischer Kurzsichtigkeit" hergab, sie klingen vielleicht in diesen Worten noch nach. Sehr aufrichtig führt er zum Schluß das an, was die Unternehmer mit den „Letzen" der Arbeiterversicherung versehnen soll — die Hoffnung, daß ihre schmalen Happen schließlich das Klassenbewußtsein des Proletariats einhüllen werden.

Die Rede des Grafen Posadowsky hat einige gute Stellen und eine Anzahl schöner Wendungen. Aber wer will verlangen, daß die Arbeiter Vertrauen haben sollen zu Worten aus diesem Munde. Die deutsche Arbeiterschaft kann dem Grafen keinen Bittgang bei den Unternehmern zu Gunsten der Zuchthausvorlage nie vergessen. Und wichtiger als alle sozialpolitischen Reformationen, mit denen sie hin und wieder die Regierung in homöopathischen Dosen beglückt, ist ihr freies, gesichertes Koalitionsrecht. Der Geist der Zuchthausvorlage aber waltet noch immer in der Reichsregierung, das haben uns erst in den letzten Monaten wieder die allerlei Polizeimaßnahmen gegen gewerkschaftliche Organisationen, das haben uns die Erpressungsprozesse gegen Streikende und der Erpressungserlaß des preußischen Justizministers gezeigt. Wo so die Taten reden, was sollen uns da die schönen Worte! Die preußischen Sozialreformer freilich sehen die Taten nicht und wenn Herr Bödiker davon spricht, es zeige sich, daß es in der Arbeiterversicherung nur vorwärts, niemals rückwärts gehen könne, dann vergißt er geschickt, daß eine Novelle zur Verschlechterung der Krankenversicherung in den Altersschranken der Regierung auf den Augenblick lauert, da sie sich dem Parlament präsentieren kann.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. Juni. Das preußische Herrenhaus nahm am Mittwoch nach langer Debatte das Ausführungsgesetz zum Fleischbeschaugesetz in der Fassung, die es durch die agrarischen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses erhalten hat, an. Es wird also die radikalfeindliche Bestimmung Gesetz, daß bereits einmal tierärztlich untersuchtes Fleisch nur dann nochmals in einem städtischen Schlachthof untersucht werden darf, wenn es auf dem Transport vom Lande in die Stadt in den Verdacht der Verdorbenheit geraten ist.

Die Oberbürgermeister machten, mit einem reichhaltigen Material versehen, lebhaft gegen diese Bestimmung Opposition. Vor allem die Oberbürgermeister Becker-Köln, Schneider-Magdeburg und Bender-Breslau wiesen nach, wie gefährlich für die Volksgesundheit dieses Verbot sei. Auch der Berliner Oberbürgermeister Kirschner beteiligte sich an der Debatte und wandte sich besonders gegen den strittigen § 5.

Die Regierung half sich aus dieser nicht gerade angenehmen Lage so gut es ging. Herr v. Rheinbaben erklärte, die Zeit bis zum Inkrafttreten dieses Paragraphen — 1. Oktober 1904 — solle zu einer Aenderung des Schlachtvieheseges benutzt werden, in der die den Städten erwachsenden Schaden wieder ausgeglichen werden sollen. Eine eigenartige Gesetzgebung, die eine als schädlich erkannte Maßnahme akzeptiert, in der Annahme, sie später vielleicht wieder unschädlich machen zu können.

Am Nachmittag fand dann die übliche Schlußsitzung beider Häuser des Landtages statt. Graf Bülow verlas die königliche Botschaft, die den Schluß des Landtages verfügte. Die Mitglieder beider Häuser hatten sich zu diesem Akt nur spärlich eingefunden.

Die Zolltarifkommission erledigte am Mittwoch die Positionen 387—406 („Seiden-Gewebe") meist nach der Regierungsvorlage. Mehrere Anträge der Sozialdemokraten auf Zollfreiheit wurden abgelehnt.

Die Vorlage für die hessische Wahlreform ist am Dienstag in der Zweiten Kammer Hessens unter Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion angenommen worden. Damit hat sich der Vorgang, der jetzt auf dem bayrischen Parteitag lebhaft erörtert worden ist, wiederholt. Sozialdemokraten haben um einiger Verbesserungen des Wahlrechts wegen, deren bedeutendste das direkte Wahlverfahren darstellt, für eine Vorlage gestimmt, die daneben erhebliche Verschlechterungen des bisherigen Zustandes bringt. Die hessische Vorlage ist dabei noch schlechter, als jene Vorlage, die in der vielbesprochenen Resolution der bayrischen Kammer gefordert wird.

Abgesehen davon, daß das Alter für die Wahlberechtigung auf das 25. Lebensjahr festgesetzt bleibt, und daß die Bestimmung über die Steuerzahlung eingefügt ward, besteht vor allem der Mangel, daß die Wahlkreiseinteilung nicht auf einer allgemein festgesetzten Bevölkerungszahl basiert, sondern lediglich die paar Städte einige Abgeordnete mehr erhalten sollen. Von einer Gleichheit des Wahlrechts aller Wähler kann somit keine Rede sein. Außerdem wurde noch die Verschlechterung eingefügt, daß der Wähler mindestens drei Jahre im Besitze des hessischen Staatsbürgerrechtes sein muß.

Aus den kurzen Berichten, die bisher über die Kammerverhandlungen vorliegen, ist nicht zu ersehen, welche Gründe die hessischen Genossen für ihr Verhalten anzuführen haben. Vielleicht fuhlten sie sich, wie die Bayern, zur „Zustimmung genötigt, weil sie glaubten, nur bei imponierender Einmütigkeit der Zweiten Kammer sei auf die Zustimmung der Ersten Kammer und auf die Mitwirkung der Regierung zu rechnen. Freilich ist trotz der Zustimmung der Sozialdemokraten ein einstimmiges Votum der Kammer nicht zu stande gekommen.

Der Hänge-Peters, der „große Kulturpionier" des schwarzen Erdteils, der gefeierte Held unserer Kolonialschwärmer, der das Malheur hatte, wegen einiger kleiner Unmenschlichkeiten moralisch gebrandmarkt zu werden und dabei nur durch einen glücklichen Zufall dem Zuchthaus entging, soll jetzt rehabilitiert werden. Die Tägl. Rundschau erklärt, der Erfinder des Tuckerbriefs sei gefunden worden, derjenige, der der „Einbläser" Debets bei seinen „haltlosen Verdächtigungen" gegen Peters war, die dann die Verurteilung des Herrn vor dem Disziplinarhof zur Folge hatten. Dieser „Einbläser" sei der Hauptzeuge in dem damaligen Prozeß Peters gewesen, und da nun, wo er als Autor einer Fälschung entlarvt sei, seine Glaubwürdigkeit überhaupt erschüttert erscheine, so breche damit auch das Urteil gegen Peters zusammen.

Diese „Rettung" der Tägl. Rundschau spekuliert auf die Gedächtnisschwäche des Publikums. Es wird immer wieder der unsaubere Trick versucht, es so darzustellen, als sei der Tuckerbrief das einzige, was Peters vorgeworfen worden sei und als sei er reingewaschen, da sich herausstellte, daß der Brief nicht existiert. In Wirklichkeit lagen gegen den Herrn noch eine ganze Reihe anderer boser Anklagen vor, und die sind durch eine Reihe von Zeugen, durch die Aussagen der Herren v. Bronsart, Frhrn. v. Bülow und Maler Kunert erwiesen worden. Das Urteil des Disziplinarhofs lautete demgemäß.

„Der Gerichtshof hat in der Verurteilung des Mabruk zum Tode und in der Vollstreckung desselben ein Dienstvergehen erblickt. Die Todesstrafe war in diesem Falle unberechtigt, die Androhung derselben eine nicht zu billigende, mit den Grundsätzen einer zivilisatorischen Rechtspflege nicht zu vereinbarende Maßregel. Das Gericht ist überzeugt, daß die geschlechtlichen Beziehungen des Mabruk zu den Weibern zu dem harten Urteil wesentlich mitgewirkt hat. Die Hinrichtung des Mabruk ist zu Unrecht erfolgt."

Das Verfahren hat außerdem erwiesen, daß Peters wie ein Pascha den Anspruch erhob, daß drei Negermädchen, die ihm ein Sultan schenkte, sein Eigentum, seine Sklavinnen seien, daß er sie, als sie ihm davon liefen, gewaltsam zurückholen und eine andauernd tagelang peitschen und schließlich nach wiederholter Flucht hängen ließ — angeblich wegen „Spionage"!

Daß sich für einen solchen Menschen überhaupt noch Leute in Deutschland ins Zeug zu legen wagen, ohne befürchten zu müssen, aus jeder anständigen Gesellschaft sofort ausgeschlossen zu werden, ist bezeichnend für die sittliche Verwilderung, die die Kolonialpolitik in gewissen Gesellschaftskreisen angerichtet hat.

Uebrigens hat Dr. Peters nach der Täglichen Rundschau die Verleumdungsklage gegen den „Einbläser" eingeleitet. Der Name dieses Mannes wird nicht genannt. Man wird ihn ja aber wohl bald hören. Der Prozeß wird auf jeden Fall interessant werden, er wird vielleicht mehr Licht auf die ethische Kulturtätigkeit Peters werfen, als ihm und seinen Freunden lieb ist.

In Bonn wird das Fest des feudalsten Korps mit einem ähnlichen Pomp begangen. Die bürgerliche Presse meldet entzückt, daß der Kaiser die Kuleur der Borussen trug und die begeisterte Menge „nämlich erfreut" mit dem Borussenkommers begrüßte. Der bürgerliche Liberalismus hat seine Abneigung gegen das Duell vorläufig in die Rumpelkammer geteilt und feiert das Fest der „schlagenden" Verbindung, die ihre Mitglieder zur Mensur zwingt, wenigstens aus der Entfernung frohlich mit. Der Kaiser hat an die Borussen eine Rede gehalten, worin er u. a. sagte: „Die Jugend aber bedarf in allen Dingen der Vorbilder, und ich glaube, daß niemand von Euch im Zweifel darüber sein wird, wenn er sich in diesem Kreise umblickt, daß Ihr dem Himmel dankbar sein könnt für alle die Männer, die aus dem Korps hervorgegangen sind, von denen ein jeder an seinem Ort, in seinem Stand und in seinem Amt dazu beitragt, unser Vaterland groß und glücklich zu machen, und dabei die Ehre unseres Bundes, unseres Korps zu verherrlichen und zu erheben. Euch ist es beschieden, Führer zu sein unter Euch zu jeden, sie vorbereiten zu helfen, sie einzuführen in das Leben. Möge ihnen nicht nur die heitere, sondern auch die ernste Seite des Lebens klar gemacht werden."

Russische Polizei auf deutschem Boden? Dem Vorwärts wird vom „Arbeiterbund in Litauen und Polen" berichtet, daß russische Gendarmen in russischer Uniform in der Begleitung eines deutschen Gendarmen in einer Reihe von Restaurationen und Einfahrten in Bajoren bei Memel Haussuchungen vorgenommen haben. Man habe nach unerlaubten russischen Schriften gefahndet.

Die preußische Regierung wird der Oeffentlichkeit mitteilen müssen, ob sie Väterchen wirklich solche bedenkliche Gefälligkeiten erweist.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus nahm die Fahrkartensteuervorlage unter Ablehnung verschiedener von der Regierung bekämpfter Abänderungsanträge in allen Lesungen an. Sodann wurden die Anträge, wonach diese Vorlage gleichzeitig mit der Grundsteuerabschreibung, der Mannbenaufhebung und der Erhöhung der Bezüge der Pensionisten gesetzliche Kraft erhalten soll, angenommen. Kurz vor Schluß der Sitzung kam es bei einer Anfrage Klofacs an den Präsidenten über die Beantwortung seiner Interpellation zwischen den Alldeutschen und den Tschechisch-Radikalen, die die Rede Klofacs mit stürmischem Beifall begleiteten, zu heftigen Zusammenstößen.

Schweiz.

Z. Belagerungszustand gegen streikende Arbeiter in der Schweiz. Ueber die Stadt Biel im Kanton Bern hat auf Verlangen der ausbeutungssüchtigen Unternehmer die Berner Kantonsregierung den Belagerungszustand verhängt und den radikal-kapitalistischen Politiker und Obersten Will zu Biel zum Regierungskommissar ernannt. Den Streikenden ist verboten, Umzüge oder öffentliche Versammlungen zu veranstalten oder die Arbeitswilligen (vulgo Streikbrecher) von der Arbeit abzuhalten. Die Zuwiderhandlungen werden mit mit Haftstrafe, Gefängnis bestraft, Ausländer überdies ausgewiesen. Ihre verwerflichen Maßregeln sind ein eklatanter Erfolg der kapitalistischen Scharfmacher und Hetzer, da sich vorher die Regierung in der Sache recht objektiv verhielt. Nun aber hat sie sich zur Handlangerin des Geldsacks gemacht und dadurch die Demokratie unheilbar kompromittiert. So schreitet die Reaktion von Sieg zu Sieg — wenn nur die Arbeiter daraus lernen und die gegebenen Nutzanwendungen ziehen wollten.

Frankreich.

Eine kriegerische Erfindung gegen den Krieg. Ein französisches militärisches Fachorgan, die France Militaire, berichtet, daß Oberst Humbert von der französischen Kolonialartillerie eine Vorrichtung erfunden hat, die leicht an allen Geschützen und Handfeuerwaffen angebracht werden kann und beim Feuern Knall, Blitz und Rauch vollkommen unterdrückt. Der Erfinder selbst schätzt seine Erfindung nicht gering ein. Er glaubt sogar, daß sie bestimmt ist, eine derartige Umwälzung in den Bedingungen der Kriegführung herbeizuführen, daß der Krieg selbst unmöglich wird. — Wenn's wahr wäre!

Rußland.

Wieder ein politisches Attentat. Aus Warschau wird vom 18. Juni gemeldet: Der Gouvernementssekretär Lotz wurde heute früh in Gorwolin durch Revolverschüsse ermordet. Die Attentäter, zwei nihilistische Studenten, sind flüchtig.

Süd-Afrika.

Ein Anerkennungstelegramm für die Buren hat Kitchener im Auftrag des Königs Eduard an die Burenführer gesandt.

Der Lord übersandte Botha, Delarey und De Wet ein Telegramm, in welchem er seiner hohen Anerkennung über die Energie und den Takt, mit denen sie das Werk der Uebergabe erleichtert hätten, Ausdruck giebt. Die Art und Weise, mit der die Burghers die Waffen niederlegten, habe den Königen angenehm berührt und einen tiefen Eindruck auf das britische Volk gemacht, das die Burghers als Mitbürger herzlich willkommen heiße. Es liege die sehr Zuversicht, daß nunmehr eine Aera vollkommener Versöhnung in Südafrika eintreten werde.

Die Uebergabelisten in Transvaal und der Oranjekolonie sind nach einem Telegramm Kitcheners vom Dienstag jetzt vollständig. In Transvaal haben sich 11 227 Mann mit 10 841 Gewehren ergeben, in der Oranjekolonie 5 76 Mann mit 5 280 Gewehren. Die Liste aus der Kapkolonie ist noch nicht vollständig.

Krügers Unterwerfung! Präsident Krüger hat nach einer Londoner Meldung der englischen Regierung telegraphisch die endgültige Annahme der Friedensbedingungen durch seine Person angezeigt.

Vierter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Stuttgart, 18. Juni 1902.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Bömelburg eröffnet die Sitzung und schlägt vor, die Frage der Streikunterstützung beim Punkt Kartelle zu verhandeln.

Beim Punkt Streikstatistik will Girbig-Stralau die Haltung der Generalkommission, speziell des Genossen Rosko, gegen den Streik der Glasarbeiter zur Sprache bringen, wird aber vom Vorsitzenden daran gehindert. Er empfiehlt den Ausbau der Streikstatistik, damit die Verbände für ihr Vorgehen geeignetes Material in Händen hätten.

---

neben ihm betrachtete eine kleine Bronzejaur so liebevoll, als ginge ihn das Geschäft gar nichts an. Der alte Kritiker antwortete für ihn, während der Naturalist ärgerlich fortging.

„Wenn Sie das Vervielfältigungsrecht nicht auch erwerben wollen, wird es nicht zu teuer sein. Die illustrierten Blätter und die Photographen werden die Hälfte des Preises zahlen müssen."

Richard zog den Kunsthändler am Arm einige Schritte zurück und flüsterte rasch:

„Ich habe das Bild gekauft."

„Ah, ein Geschenk für die schöne Frau Kommerzienrätin?"

„Wie teuer ist das Bild? Ich meine, wie teuer mit allen Rechten?"

„Für Sie tausendfünfhundert Mark, weil ich weiß, daß die Kantate —"

„Es ist gut. Ich kaufe es, aber unter der Bedingung, daß das Bild heute nachmittag um drei Uhr, sofort nach Schluß der Ausstellung, wohlverpackt in meine Wohnung gebracht wird."

„Lieber Herr Wettmann," rief der Kunsthändler überrascht, „das würde mich tausend Mark an Eintrittsgeld kosten."

„Also sechstausendfünfhundert Mark?"

Der Kunsthändler verbeugte sich zum Zeichen der Zustimmung.

„Und Sie wollen gegen jedermann darüber schweigen, daß ich das Bild gekauft habe?"

„Das bleibt Geschäftsgeheimnis."

Heiteres.

Galgenhumor. Dorfbarbier (der einen Fremden eilend sich geschnitten hat, beim Abschied): Beehren Sie mich bald wieder! Fremder: Jawohl, sobald ich wieder hergestellt bin.

Kritik. Du glaubst also, daß meine Oper Anklang finden wird? — Gewiß! Wenn das Publikum die Anklänge nicht findet!

(Lust. Bl.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020619/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG